

# JUNOS XXXI. BUNDESKONGRESS



## INHALTSVERZEICHNIS

### **Anträge zu den Rechtsnormen**

Fördermitgliedschaft.....	3
---------------------------	---

### **Leitantrag des Bundesvorstands**

Firewall für die Freiheit .....	4
---------------------------------	---

### **Programmatische Anträge**

Ruhe in Freiheit.....	18
Ende der Buchpreisbindung.....	20
Demography is destiny – für einen liberalen Pronatalismus! .....	22
Mehr Freiheit im Alter: Weg mit der Doppelbelastung für Zuverdienste.....	27
Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!.....	30
Reform des Notariatswesens .....	37
Unendliche Weiten: Die JUNOS Weltraumstrategie .....	40
Regierungs- und Parteikommunikation trennen.....	48

**Antragsteller:innen:** Erik Baldassari, Jakob Dirnböck, Laura Feldler, Julian Fritsch, Manuel Grubmüller, Nils Grund, Philipp Hagen, Yousef Hasan, Fabian Haslwanter, Fabienne Lackner, Kiano Loacker, Helene Paar, Julian Pfurtscheller, Prisca Preiss, Sarah Sinkovits, Stephen Slager, Frederik Witjes, Sophie Wotschke

## FÖRDERMITGLIEDSCHAFT

1 **Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten**

2 **vorzunehmen:**

3 Nach § 4 Abs 19 werden folgende Absätze eingefügt:

4 *(20) Sowohl natürliche als auch juristische Personen können Fördermitglieder*  
5 *werden. Die Fördermitgliedschaft dient der Unterstützung des Vereins durch Geld-*  
6 *oder Sachspenden und ist mit keinen Rechten verbunden.*

7 *(21) Die Fördermitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.*

8 *Fördermitglieder können vom Bundesvorstand jederzeit und ohne Verfahren gem. § 4*  
9 *Abs 14 ausgeschlossen werden.*

10 Der bisherige § 4 Abs 20 wird zu § 4 Abs 22.

11 **Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der Finanzordnung**

12 **vorzunehmen:**

13 Nach § 2 Abs 8 wird folgender Absatz eingefügt:

14 *(9) Fördermitglieder entrichten individuell festzulegende Mitgliedsbeiträge. Die*  
15 *Mitgliedsbeiträge von Fördermitgliedern ergehen regulär an den Bundesverband,*  
16 *auf Wunsch eines Fördermitglieds kann sein Mitgliedsbeitrag auch gänzlich oder*  
17 *teilweise Unterorganisationen zugewiesen werden.*

Antragsteller: Bundesvorstand

Der Bundeskongress möge beschließen:

## FIREWALL FÜR DIE FREIHEIT

### 1 **DIE ZUKUNFT IST DIGITAL – UND SIE BETRIFFT UNS ALLE.**

2 Ob wir lernen, arbeiten, kommunizieren oder unsere Freizeit gestalten: Unser  
3 Leben findet längst auch im digitalen Raum statt. Bildung, Wirtschaft,  
4 Gesundheitswesen, Verwaltung und Privatsphäre – all diese Bereiche sind heute  
5 ohne sichere, verlässliche Informationstechnologie nicht mehr denkbar. Unsere  
6 Gesellschaft ist vernetzt wie nie zuvor.

7 Doch damit wachsen auch die Risiken. Hackerangriffe auf kritische Infrastruktur,  
8 großflächige Datenlecks, gezielte Desinformationskampagnen und digitale  
9 Erpressung bedrohen nicht nur technische Systeme, sondern auch unsere  
10 demokratischen Grundwerte. Wer digitale Freiheit will, muss digitale Sicherheit  
11 ernst nehmen – ohne dabei in autoritäre Reflexe zu verfallen.

12 **Wir JUNOS sind überzeugt: Freiheit endet nicht an der eigenen Haustür und auch**  
13 **nicht am Bildschirmrand.**

14 Gerade im digitalen Raum müssen Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und  
15 Selbstbestimmung konsequent verteidigt werden. Denn wer die digitale Welt nur  
16 als Bedrohung sieht, wird sie nie gerecht gestalten können. Unser Ziel ist eine  
17 mutige, lösungsorientierte Politik, die Sicherheit schafft, ohne Freiheit zu  
18 opfern – und die Österreich und Europa in eine selbstbestimmte, digitale Zukunft  
19 führt.

20 Wir kämpfen für einen Staat, der nicht überfordert reagiert, sondern strategisch  
21 handelt. Der auf Eigenverantwortung und Innovation setzt – statt auf Misstrauen

22 und Kontrolle.

## 23 **1. BILDUNG STATT BEVORMUNDUNG**

24 **Wir setzen auf Befähigung, nicht Bevormundung.**

25 Sicherheit im digitalen Raum beginnt nicht bei Firewalls oder Gesetzen, sondern  
26 bei mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Wer Risiken nicht versteht, kann sich  
27 nicht schützen.

### 28 **UNSERE FORDERUNGEN:**

- 29 • **Verpflichtende IT-Bildung an allen Schultypen:** Programmieren, Grundlagen  
30 der Netzwerksicherheit und Datenschutzrechte sollen fixer Bestandteil des  
31 Lehrplans in allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sein.  
32 Ziel sollte sein, eine grundsätzliche Awareness zu schaffen, dass das  
33 Internet und insbesondere Soziale Medien kein rechtsfreier Raum sind.
- 34 • Auch Lehrerinnen und Lehrer müssen umfassend fortgebildet werden, indem  
35 digitale Lehrmethoden in der Lehrer:innenausbildung verankert werden.<sup>1</sup>  
36 Die Bildungsdirektionen und das Bildungsministerium sollen Fort- und  
37 Weiterbildungen im Bereich KI und Digitalisierung für Lehrkräfte anbieten.
- 38 • **Medienbildung stärken:** Entscheidend für einen mündigen Umgang mit Online-  
39 Medienangeboten und Soziale Medien ist eine hochwertige Medienbildung an  
40 Schulen. Diese muss interaktiv gestaltet sein – inklusive Aufklärung über  
41 Fact-Checking-Plattformen und den Umgang mit Algorithmen. Sensibilisierung  
42 und Umgang mit Sozialen Medien sollen bereits frühzeitig begleitend durch  
43 die Schulen erlernt werden. Dazu gehört auch zu unterrichten, wie man  
44 künstliche Intelligenz richtig nutzt und davon nicht getäuscht wird. Dabei

45 soll digitale Mündigkeit in den Vordergrund gestellt werden, also die  
46 Fähigkeit, digitale Informationen zu suchen, auszuwerten, kritisch zu  
47 hinterfragen und deren Quellen zu analysieren.

- 48 • **Medienschulungen für Eltern:** Mit der Einschulung ihrer Kinder sollen  
49 Erziehungsberechtigte eine kostenlose Medienschulung absolvieren, um ihre  
50 Kinder beim sicheren Umgang mit digitalen Medien zu unterstützen. Die  
51 terminliche Zuteilung soll durch ein Nudging-Konzept erfolgen z.B.  
52 automatische Zusendung eines etwaig zu verschiebenden Termins. Zusätzlich  
53 soll allen Erziehungsberechtigten die Option offenstehen, jederzeit  
54 freiwillig an solchen Medienschulungen teilzunehmen.

## 55 2. STAATLICHE VERANTWORTUNG KLAR DEFINIEREN

56 **Der Staat schützt Freiheit durch Sicherheit – nicht durch Überwachung.**

57 Cybersicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe, die sich insbesondere auf  
58 kritische Infrastrukturen, den öffentlichen Sektor und die Sicherheit der Bürger  
59 im digitalen Raum beziehen muss. Dabei muss sie verhältnismäßig und  
60 grundrechtskonform gestaltet sein.

### 61 **UNSERE FORDERUNGEN:**

- 62 • **Kritische Infrastruktur absichern:** Krankenhäuser, Stromnetze, Wasserwerke  
63 oder Finanzsysteme müssen immer auf dem neuesten Stand der Technik  
64 gehalten werden, um Schwachstellen bestmöglich zu vermeiden und zu  
65 bekämpfen. dürfen keine digitalen Schwachstellen aufweisen. Sie müssen zu  
66 regelmäßigen IT-Sicherheitsaudits verpflichtet werden. Chinesische und  
67 russische Beteiligung an kritischer europäischer Infrastruktur – egal ob  
68 digital oder konventionell – kann nur unter strengsten Auflagen geduldet

69 werden.<sup>2</sup> Wenn möglich, soll dabei verstärkt auf europäische Technologien  
70 und Anbieter gesetzt werden. Einheitlich gewartete Systeme und zentrale  
71 Standards erhöhen zudem die Sicherheit und Effizienz: Gerade auf  
72 Gemeindeebene fehlen oft die Ressourcen für eigene IT-Fachleute. Eine  
73 moderne Cyberstrategie muss daher auch föderale Schnittstellenprobleme  
74 lösen.

- 75 • **Spezialisierte Cyberabwehr-Einheiten aufbauen:** Österreich braucht gut  
76 ausgestattete, schlagkräftige Cyberabwehrkapazitäten im Bundesheer und bei  
77 der Polizei, die Angriffe abwehren und Straftaten verfolgen können.
- 78 • **Cybersecurity-Zentrum (CSZ) schaffen:** Alle staatlichen Kompetenzen im  
79 Bereich Cybersicherheit sollen in einem österreichischen Cyber-Security  
80 Zentrum gebündelt werden – nach Vorbild des deutschen BSI. Dieses Zentrum  
81 soll auch als Anlauf- und Beratungsstelle dienen.

## 82 **KEINE MASSENHAFTE ÜBERWACHUNG – GRUNDRECHTE GELTEN AUCH** 83 **DIGITAL**

84 Jeder ungerechtfertigte Eingriff in das freie Internet ist damit auch ein  
85 Eingriff in die individuelle Freiheit und die grundlegenden Rechte eines jedes  
86 Menschen. Selbst angesichts realer Bedrohungen wie Hass, Missbrauch oder  
87 Kriminalität darf die Antwort nie in flächendeckender Überwachung oder  
88 unüberlegten Eingriffen in die Grund- und Freiheitsrechte des Individuums  
89 liegen.

90 **Gerade in Zeiten zunehmender Verunsicherung und lauter werdender Forderungen**  
91 **nach mehr Überwachung ist es umso wichtiger, klar für die Wahrung von**  
92 **Grundrechten einzutreten.**

93 Das Recht auf Privatsphäre und Datenschutz ist kein Luxus, sondern ein Fundament

94 unserer liberalen Demokratie. Staatliche Eingriffe wie eine  
95 Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz von Bundestrojanern sind mit einem  
96 liberalen Rechtsstaat und individuellen Freiheiten unvereinbar. Wir stellen uns  
97 solchen Maßnahmen entschieden entgegen.<sup>3</sup>

- 98 • **Uploadfilter gefährden Meinungsfreiheit:** Automatisierte Filtersysteme, die  
99 Inhalte bereits beim Hochladen blockieren, können kreative Inhalte,  
100 politische Satire oder gesellschaftliche Debatten unterdrücken – und sind  
101 in der Praxis fehleranfällig und intransparent.
- 102 • **Klares Nein zur Klarnamenpflicht:** Die Klarnamenpflicht schafft es nicht,  
103 Hass und Hetze im Netz zu verhindern. Stattdessen stellt sie eine  
104 wesentliche Gefahr für unsere Demokratie dar. Sie dient der  
105 Einschüchterung von Widerstandsgruppen und hindert die Bildung neuer  
106 Meinungen und Positionen.<sup>4</sup>
- 107 • **Vorratsdatenspeicherung ist unverhältnismäßig:** Die anlasslose Speicherung  
108 von Kommunikationsdaten der gesamten Bevölkerung wurde mehrfach vom  
109 Europäischen Gerichtshof gekippt. Sie verletzt Grundrechte und nützt  
110 nachweislich kaum der Strafverfolgung. Wir sprechen uns daher gegen  
111 jegliche solche Maßnahmen aus, da bei einer derart großen Menge an Daten  
112 über die Gesamtbevölkerung jederzeit die Gefahr unberechtigter Zugriffe  
113 durch Dritte, und in der Folge eine mögliche Rekonstruktion von  
114 Bewegungsprofilen, geschäftlicher Kontakte sowie (Freundschafts-  
115 )Beziehungen besteht. Auch Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation,  
116 persönliche Interessen und die Lebenssituation der Kommunizierenden wären  
117 letztendlich möglich.<sup>5</sup>
- 118 • **Messengerüberwachung und Bundestrojaner verhindern:** Auch der Versuch,

119 durch den sogenannten Bundestrojaner verschlüsselte Kommunikation von  
120 Endgeräten auszulesen, wurde vom österreichischen Verfassungsgerichtshof  
121 als verfassungswidrig aufgehoben – unter anderem wegen des Verstoßes gegen  
122 das Telekommunikationsgeheimnis und mangelnder rechtsstaatlicher  
123 Kontrolle. Trotzdem gibt es immer wieder neue Bestrebungen, solche  
124 Überwachungsmaßnahmen durch die Hintertür wieder einzuführen und bewusst  
125 in Kauf zu nehmen, dass Sicherheitslücken geschaffen und ausgenutzt  
126 werden. Wir JUNOS stellen uns klar gegen solche Tendenzen. Der Zugriff auf  
127 private Nachrichteninhalte – sei es durch automatische Scans oder  
128 Spähsoftware – ist ein klarer Verstoß gegen das digitale Briefgeheimnis.  
129 Solche Maßnahmen lehnen wir kategorisch ab.

- 130 • **Nein zur EU-weiten Chatkontrolle:** Der Vorschlag der EU-Kommission zur  
131 verpflichtenden Durchsuchung privater Nachrichten auf Endgeräten ist ein  
132 massiver Eingriff in die Vertraulichkeit von digitaler Kommunikation. Eine  
133 anlasslose Massenüberwachung privater Kommunikation – auch mit dem Ziel  
134 des Kinderschutzes – gefährdet Grundrechte, ohne Sicherheit effektiv zu  
135 erhöhen.

### 136 3. INNOVATION FÖRDERN, NICHT VERHINDERN

137 **Digitale Sicherheit braucht mehr als Regulierung – sie braucht Innovation.**

138 Europa darf bei der Digitalisierung nicht nur auf Kontrolle und Vorschriften  
139 setzen. Es braucht ein innovationsfreundliches Umfeld, das Cybersicherheit als  
140 Teil unternehmerischer und technologischer Weiterentwicklung versteht. Startups,  
141 Wissenschaft und Wirtschaft müssen Freiräume erhalten, um neue Ideen zu erproben  
142 – ohne durch übermäßige Bürokratie ausgebremst zu werden.

## 143 UNSERE FORDERUNGEN:

- 144 • **Open-Source-first-Politik:** Öffentliche Institutionen sollen bevorzugt auf  
145 Open-Source-Software setzen, um Transparenz, Sicherheit und  
146 Innovationskraft zu stärken.
  
- 147 • **Regulatory Sandboxes schaffen:** Unternehmen sollen neue  
148 Sicherheitstechnologien unter realistischen Bedingungen testen dürfen, um  
149 Innovation nicht durch Überregulierung zu ersticken. Dabei braucht es eine  
150 gezielte Einbindung von White-Hat-Hackern bzw. Ethical Hackern, die in  
151 einem rechtlich geschützten Rahmen aktiv Sicherheitslücken aufdecken und  
152 Schwachstellen aufzeigen können. So wird nicht nur die technische  
153 Sicherheit gestärkt, sondern auch ein praxisnaher Ansatz gefördert, der  
154 digitale Innovation mit effektiver Sicherheitsprüfung verbindet.
  
- 155 • **Schnelle Sicherheitszertifizierungen:** Verfahren zur Zertifizierung von  
156 Sicherheitsstandards sollen effizient, transparent und  
157 innovationsfreundlich gestaltet werden.
  
- 158 • **Synergien bei Regulierung nutzen:** Anforderungen aus NIS2, DSGVO oder  
159 anderen EU-Richtlinien sollen besser aufeinander abgestimmt werden, um  
160 Mehrfachprüfungen, Doppelgleisigkeiten und unnötige Kosten zu vermeiden.  
161 Österreich sollte hier Vorreiter bei der Entbürokratisierung sein.
  
- 162 • **Kein Gold Plating bei NIS2:** Die nationale Umsetzung der NIS2-Richtlinie  
163 darf nicht über die Vorgaben der EU hinausgehen. Zusätzliche Auflagen  
164 kosten Zeit, Geld und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit innovativer  
165 Unternehmen.
  
- 166 • **Innovationsfeindliche Bürokratie durch den AI Act verhindern:** Der European

167 AI Act droht in seiner derzeitigen Form, europäische Innovationskraft  
168 durch überbordende Bürokratie massiv auszubremsen. Statt sich auf  
169 risikobasierte, praktikable Standards zu konzentrieren, entsteht ein  
170 starres, technikfernes Regelwerk, das gerade für Start-ups und KMUs zur  
171 Wachstumsbremse wird. Österreich muss sich entschieden dafür einsetzen,  
172 dass der AI Act in der Praxis anwendbar bleibt – und nicht zum  
173 Paradebeispiel für gut gemeinte, aber realitätsferne Regulierung wird.

## 174 **4. DIGITALE SOUVERÄNITÄT ERNST NEHMEN: UMGANG** 175 **MIT TIKTOK UND CO.**

176 **Freiheit braucht einen verantwortungsvollen Umgang mit Technologie.** Digitale  
177 Plattformen wie TikTok, Instagram oder YouTube sind heute zentrale Orte der  
178 Kommunikation, Meinungsbildung und Unterhaltung. Doch gerade autoritär  
179 gesteuerte Anbieter stellen ein Risiko dar – sei es durch problematische  
180 Datennutzung, intransparente Algorithmen oder politische Einflussnahme. Es  
181 braucht daher eine klare europäische Antwort auf die Machtkonzentration  
182 einzelner Plattformen, ohne in eine übertriebene und oft reflexartige  
183 Verbotslogik zu verfallen.

### 184 **UNSERE FORDERUNGEN:**

- 185 • **Strenge Datenschutzvorgaben durchsetzen:** Plattformen wie TikTok müssen  
186 europäische Datenschutzregeln strikt einhalten – bei Verstößen droht der  
187 Ausschluss vom europäischen Markt. Der aktuelle Umgang mit Safe-Harbour-  
188 Nachfolgeregelungen und die Speicherung europäischer Nutzerdaten durch  
189 Unternehmen wie Meta in den USA zeigen, dass die Durchsetzung der DSGVO  
190 oft unzureichend ist. Hier braucht es endlich konsequente Sanktionen und  
191 klare technische Vorgaben.

- 192 • **Verstärkte Maßnahmen gegen Radikalisierung auf Plattformen:** Einsatz auf  
193 EU-Ebene für die Implementierung von einstweiligen Verfügungen zur  
194 Sperrung von Accounts von Hasspredigern.
  
- 195 • **Behördliche Nutzung regeln:** TikTok und vergleichbare Plattformen, hinter  
196 welchen eine chinesische Software stehen, sollen auf Geräten öffentlicher  
197 Einrichtungen verboten werden.<sup>6</sup>
  
- 198 • **Altersverifikation sicherstellen:** Soziale Netzwerke sollen verpflichtend  
199 verifizierbare Altersangaben über eine europäische digitale Signatur  
200 sicherstellen.<sup>7</sup>
  
- 201 • **Content-Filter für unter 14-Jährige:** Inhalte mit potenziellen Risiken  
202 sollen für diese Altersgruppe automatisiert eingeschränkt werden. Bis zum  
203 14. Lebensjahr soll nur ein privater Account erlaubt sein.
  
- 204 • **Vollversion ab 14 Jahren:** Ab 14 Jahren sollen Jugendliche, auf Basis von  
205 Medienbildung, selbstbestimmt entscheiden, wie sie Soziale Medien nutzen.

## 206 **TIKTOK OHNE CHINA, META OHNE USA**

207 Wir JUNOS fordern einen evidenzbasierten, rechtsstaatlichen und abgestuften  
208 Umgang mit digitalen Plattformen, die aus autoritären Staaten betrieben werden  
209 oder sonst strategische Risiken für Europa darstellen. Ziel ist nicht ein  
210 reflexhaftes Verbot, sondern die konsequente Verteidigung europäischer  
211 Grundwerte, Datenschutzstandards und unserer Souveränität.

## 212 **UNSER STUFENMODELL FÜR TIKTOK & META:**

- 213 **1. Transparenz- und Datenschutzregeln einhalten.**
- 214 **2. Verbindliche Ansprechstellen und Anti-Diskriminierungspflichten**

215 **sicherstellen:** Plattformen müssen eine rechtlich verantwortliche  
216 Ansprechperson mit Sitz in der EU benennen, die auf behördliche Anfragen  
217 reagieren kann. Zusätzlich braucht es klare Regeln gegen algorithmische  
218 Diskriminierung: Inhalte dürfen nicht systematisch benachteiligt oder  
219 bestimmte Gruppen verzerrt dargestellt werden.

### 220 3. Staatliche Nutzung sofort einschränken

221 Solange keine vollständige Risikoüberprüfung erfolgt ist, soll die Nutzung  
222 risikobehafteter Plattformen auf Behördenhandys und in kritischen  
223 Infrastrukturen untersagt sein.

### 224 4. Sicherheitsprüfung durch unabhängige Stellen

225 Plattformen mit Sitz oder Eigentum in autoritär regierten Staaten sollen  
226 verpflichtend durch ENISA oder nationale Datenschutzbehörden auf  
227 Sicherheitsrisiken geprüft werden.

### 228 5. Verkauf oder Abspaltung als Ultima Ratio

229 Wenn systemische Risiken nicht anders behebbar sind, soll die EU auf einen  
230 Verkauf des europäischen Geschäfts oder dessen Abspaltung hinwirken. Wenn  
231 sich die Betreiber weigern, soll die Bereitstellung der Plattform in der  
232 EU verboten werden.

233 **Dieser Stufenplan schafft Sicherheit durch Rechtsstaatlichkeit – nicht durch**  
234 **Symbolpolitik.** Unsere Antwort darf nicht sein, Eigenverantwortung reflexartig  
235 abzusprechen und Plattformen sofort zu verbieten. Doch wenn die Radikalisierung  
236 im digitalen Raum wächst und Plattformen wie TikTok ein Nährboden für  
237 Extremisten und Hassprediger ist, muss man entschieden dagegenwirken. Letzten  
238 Endes ist TikTok in seiner aktuellen Form ein Propagandamittel des chinesischen  
239 Staates – und somit eine Gefahr für unsere Demokratie.

## 240 5. EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT INTENSIVIEREN

241 **Cybersicherheit kann nur europäisch gedacht werden.**

242 Die Zahl gezielter Cyberangriffe auf demokratische Staaten steigt stetig – ob  
243 durch staatlich gesteuerte Gruppen, kriminelle Netzwerke oder autoritäre Regime.  
244 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, dass  
245 digitale Infrastrukturen längst Teil moderner Konflikte sind. Angesichts  
246 wachsender geopolitischer Spannungen muss Europa geeint, entschlossen und  
247 effizient handeln, um seine digitale Souveränität und strategischen Interessen  
248 zu schützen.

### 249 **UNSERE FORDERUNGEN:**

- 250 • **Stärkung der europäischen Agentur ENISA:** ENISA soll dauerhaft aus dem EU-  
251 Budget finanziert und mit echten operativen Kompetenzen ausgestattet  
252 werden.
- 253 • **Cyber-Einheiten unter ENISA:** ENISA soll spezialisierte Teams zur Abwehr  
254 von Cyberterrorismus und Bedrohungen für kritische Infrastruktur  
255 entwickeln – inklusive Forschungs- und Analysekapazitäten. Diese sollen  
256 mittelfristig in eine Europäische Armee eingegliedert werden.
- 257 • **Harmonisierung von Sicherheitsstandards:** Einheitliche Mindestanforderungen  
258 für kritische Infrastrukturen in ganz Europa verringern Risiken und  
259 stärken Vertrauen. Daher muss sich Österreich auf EU-Ebene für die  
260 Implementierung solcher gemeinsamen Standards einsetzen.
- 261 • **Sunset Clauses und laufende Evaluierung:** Gesetzliche Maßnahmen wie der DSA  
262 oder die DSGVO müssen regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst

263 werden, um Überregulierung zu verhindern und zu gewährleisten, dass  
264 Innovation nicht an überbordenden EU-Rechtsakten scheitert. Zudem müssen  
265 sie mit einer Sunset Clause, also einer Bestimmung, die ein automatisches  
266 Auslaufen bei nicht rechtzeitiger bewusster Verlängerung oder  
267 Neuerlassung, versehen werden. So wird gesichert, dass der europäische  
268 Gesetzgeber sich regelmäßig mit gegebenenfalls innovationshemmenden  
269 Regelungen auseinandersetzen muss.

- 270 • **Konsequente Umsetzung von DSA und DMA:** Der Digital Services Act und der  
271 Digital Markets Act sind wichtige Schritte für Transparenz und Wettbewerb  
272 im digitalen Raum. Beide Regelwerke müssen entschlossen und transparent  
273 umgesetzt werden, um Plattformbetreiber stärker in die Pflicht zu nehmen.  
274 Nur so kann Europa ein freies, sicheres und fair reguliertes Internet  
275 garantieren.

## 276 6. DESINFORMATION & MEINUNGSFREIHEIT

277 **Demokratie braucht ein freies, aber wehrhaftes und sicheres Internet.**

278 Digitale Plattformen ermöglichen Vielfalt, schaffen Sichtbarkeit – aber sie sind  
279 auch Einfallstore für Desinformation, Hass und algorithmische Verzerrung. Wir  
280 setzen uns für eine digitale Debattenkultur ein, die auf Offenheit, Fakten und  
281 Aufklärung basiert – nicht auf Überwachung oder zentraler Kontrolle.

### 282 **UNSERE FORDERUNGEN:**

- 283 • **Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte:** DeepFakes und generierte  
284 Inhalte müssen klar gekennzeichnet sein – ob automatisiert oder durch  
285 Nutzer:innen.

- 286 • **Faktenprüfung durch die Community:** Plattformen sollen Community-Notes-  
287 Systeme wie bei X/Twitter bereitstellen, um faktenbasierte Hinweise unter  
288 problematischen Inhalten zu ermöglichen – dezentral, transparent und  
289 nachvollziehbar.
- 290 • **Meinungsvielfalt schützen:** Politische Inhalte dürfen nicht durch  
291 algorithmische Intransparenz unterdrückt oder aktiv gepusht werden.  
292 Plattformen müssen erklären, wie Inhalte sortiert und gefiltert werden.
- 293 • **Bildung gegen Filterblasen:** Nur durch Medienbildung, kritisches Denken und  
294 Algorithmuskompetenz können Nutzer:innen selbstbestimmt mit digitalen  
295 Inhalten umgehen.
- 296 • **Telegram in der europäischen Verantwortung:** Telegram ist für  
297 Oppositionelle und Aktivist:innen in autoritären Staaten oft ein  
298 unverzichtbares Werkzeug für freie Kommunikation. Gleichzeitig entzieht  
299 sich die Plattform in Europa regulatorischen Standards: Sie hat keine  
300 Ansprechperson in der EU, ist intransparent bei der Datenverarbeitung und  
301 wird zunehmend für Desinformation und Hass genutzt. Auch Telegram muss  
302 europäische Regeln wie den DSA erfüllen – mit klaren Zuständigkeiten,  
303 Meldepflichten und Transparenz, ohne die freie Kommunikation in  
304 repressiven Staaten zu gefährden.
- 305 Freiheit braucht Sicherheit – auch im digitalen Raum. Doch echte Sicherheit  
306 entsteht durch Bildung, Eigenverantwortung, Innovation und europäische  
307 Kooperation – nicht durch Überwachung, Misstrauen oder Bürokratie.
- 308 Wir JUNOS kämpfen für eine digitale Zukunft in Freiheit. Für souveräne  
309 Bürger:innen statt gläserner Menschen. Für Verantwortung statt Kontrolle. Für

310 Sicherheit durch Aufklärung – nicht durch Angst.

311 <sup>1</sup> <https://junos.at/beschlusslagen/auf-in-die-digitale-gegenwart/>

312 <sup>2</sup> <https://junos.at/beschlusslagen/dancing-with-the-dragon-die-junos-chinastrategie/>

314 <sup>3</sup> <https://junos.at/beschlusslagen/auf-in-die-digitale-gegenwart/>

315 <sup>4</sup> <https://junos.at/beschlusslagen/anonym/>

316 <sup>5</sup> <https://junos.at/beschlusslagen/vorratsdatenspeicherung-schraenkt-privatsphaere-ein/>

318 <sup>6</sup> <https://junos.at/beschlusslagen/dancing-with-the-dragon-die-junos-chinastrategie/>

320 <sup>7</sup> [https://www.oesterreich.gv.at/themen/egovernment/moderne\\_verwaltung/elektronische-identitaet-\(eid\)-anderer-eu-mitgliedstaaten-\(SDG\).html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/egovernment/moderne_verwaltung/elektronische-identitaet-(eid)-anderer-eu-mitgliedstaaten-(SDG).html)

322 <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/esignatures>

Antragsteller: Julian Fritsch, Lukas Schobesberger

Der Bundeskongress möge beschließen:

## RUHE IN FREIHEIT

- 1 In Österreich herrscht Bestattungspflicht. Es unterscheidet sich allerdings von  
2 Bundesland zu Bundesland, wie diese ausgestaltet ist und welche Möglichkeiten  
3 der Bestattung es gibt. Während in anderen Ländern moderne Bestattungsarten wie  
4 Natur- oder Diamantbestattungen bereits etabliert sind, sind im Großteil  
5 Österreichs nur Erd- und Feuerbestattungen mit Beisetzung in Friedhöfen erlaubt,  
6 andere Formen bestenfalls mit erheblichem Bürokratieaufwand oder in Form  
7 gesetzlicher Graubereiche. Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern daher eine  
8 Liberalisierung der zulässigen Bestattungsarten. Solange der Wille des/der  
9 Verstorbenen sowie die Pietät gewahrt werden und keine sanitären Bedenken  
10 bestehen, soll nicht der Staat vorgeben, welche Formen der Bestattung infrage  
11 kommen.
- 12 Zudem ist derzeit stark eingeschränkt, wo Bestattungen stattfinden dürfen. Wir  
13 Junge liberale NEOS – JUNOS plädieren für mehr Freiheit bei der Wahl des  
14 Bestattungsorts, solange die Liegenschaftseigentümer:innen ihr Einverständnis  
15 geben. So kann potenziell auch zunehmendem Flächenverbrauch durch Friedhöfe  
16 etwas entgegengesetzt werden. Insbesondere soll es auch unkompliziert möglich  
17 sein, dass Angehörige eine Urne zu Hause aufbewahren, und nicht de facto  
18 automatisch Friedhofsgebühren zahlen müssen.
- 19 Bei vielen Entscheidungen im Rahmen von Bestattungen, wie etwa der Wahl des  
20 Bestattungszeitpunkts oder des Aufbahrungsorts, gelten standardmäßig sehr  
21 strikte Vorgaben, für die bei Abweichungen sehr willkürlich Bewilligungen durch  
22 Bürgermeister:innen, Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften oder Landesregierungen

- 23 benötigt werden. Hier sollten einheitlichere und nachvollziehbare
- 24 Zuständigkeiten geschaffen werden, die Bestattungen unabhängiger von politischen
- 25 Entscheidungsträger:innen machen.

Antragsteller: Daniel Szankovich, David Burits, Siegfried Plescher

Der Bundeskongress möge beschließen:

## ENDE DER BUCHPREISBINDUNG

1 Momentan liegt der Preis eines Buches fest in der Hand der Verleger. Der Anteil  
2 am Buchpreis für den Autor beträgt zum Beispiel 5%, für den Versand ganze 10%  
3 und für mögliche „Rabatte“ bleiben 10% übrig, von denen der Endkonsument  
4 in den meisten Fällen nichts abbekommen wird.

5 Faktisch bestimmen die Verleger darüber, welches Buch wir zu welchem Preis  
6 kaufen werden. Nicht nur in Österreich, sondern auch in Ländern wie  
7 Deutschland oder Frankreich, existiert eine Buchpreisbindung, zu Lasten der  
8 Endverbraucher.

9 Auch Studenten von Lehrgängen wie beispielsweise Rechtswissenschaften, leiden  
10 unter den von einzelnen Verlegern festgelegten Preisen für Rechtsmaterial,  
11 obwohl der Druck in einem Copy-Shop oftmals nur ein Viertel davon kosten würde.

12 Wir, JUNOS – Junge Liberale Neos, setzen uns aktiv für die Abschaffung der  
13 Buchpreisbindung in Österreich ein.

14 Durch die Abschaffung würden die Preise der Bücher vom freien Markt bestimmt  
15 werden, was dazu führen würde, dass durch das Prinzip von „Angebot-und-  
16 Nachfrage“ es bei einigen Büchern zu günstigeren Preisen für den  
17 Endverbraucher kommen könnte.

18 Das Argument der Buchpreisbindung, es würde das Buch als Kulturgut schützen,  
19 hat bei der heutigen Vielzahl an Werken, welche meist primär der Unterhaltung  
20 dienen, nicht wirklich Relevanz. Des Weiteren, würde man diesen Gedanken

21 weiterdenken, müssten auch Musik/Bilder/Filme/usw. einer Preisbildung  
22 unterliegen, da diese indirekt auch ein gewisses „Kulturgut“ sind. Und  
23 selbst wenn Buchklassiker, wie Marx, nur circa 8€ kosten, so gibt es trotz  
24 verschiedener Verleger nicht die Möglichkeit, beispielsweise aus einem  
25 billigeren Modell mit z.B. einfacherem Einband zu wählen.

26 Die deutsche Monopolkommission fordert ebenfalls das Ende der Buchpreisbindung.  
27 Der internationale Vergleich zeigt, dass das Buchangebot durch die Preisbindung  
28 nicht größer wird. In Frankreich etwa gibt es eine Preisbindung, aber es wird  
29 wenig verlegt als im Vergleich zu Ländern wie Großbritannien.

30 In Großbritannien wurde die Buchpreisbindung 1995 abgeschafft. Jährlich finden  
31 zahlreiche neue Titel den Weg in die Verkaufsregale, Tendenz steigend.

32 Abschließend stellt sich besonders bei E-Books die Frage, inwieweit eine solche  
33 Preisbindung aufgrund fehlender Komponenten wie Druck und Versand argumentierbar  
34 ist. Zwar sind E-Books aufgrund dieser fehlenden Komponenten billiger als  
35 physische Bücher, jedoch bekommt der Autor für ein E-Book nicht mehr  
36 Tantiemen, auch wenn die freigewordenen Margen dies zulassen würden.

**Antragsteller:innen:** Gabriel Paulus, Oleksa Woloschtschuk, Marvin Feigl, Doris Gherasim

**Der Bundeskongress möge beschließen:**

## DEMOGRAPHY IS DESTINY – FÜR EINEN LIBERALEN PRONATALISMUS!

1 Demography is destiny - und niedrige Geburtenraten drohen, zum gefährlichsten  
2 globalen Supertrend des 21. Jahrhunderts zu werden.  
3 Die Geburtenrate in Österreich und der EU befindet sich auf einem historisch  
4 niedrigen Niveau. Diese Entwicklung muss ausgebremst werden. Dabei darf das  
5 Thema nicht von ideologischen Extrempositionen vereinnahmt werden, die Freiheit  
6 einschränken oder gesellschaftliche Spaltungen vertiefen. Nur breiter  
7 gesellschaftlicher Konsens und die Wahrung der Freiheit des Einzelnen wird eine  
8 nachhaltige Trendwende erlauben. Daher müssen wir auf positive Anreize und  
9 Bewusstseinsbildung setzen, um eine freie und familienfreundliche Zukunft zu  
10 gestalten.

### 11 DER GLOBALE EINBRUCH

12 Wie steht es um die Geburtenzahlen in Österreich, Europa und global? In  
13 Österreich liegt die Geburtenrate im Jahr 2024 bei ca. 1,32 Kindern pro Frau,<sup>1</sup>  
14 weit unterhalb des für den Bevölkerungserhalt nötigen Wertes von 2,1. Dies  
15 spiegelt die allgemeine Lage in Europa wieder, wobei auch viele Länder mit  
16 traditionell höheren Geburtenraten wie die Türkei (1,5)<sup>2</sup> und Indien (1,9)<sup>3</sup>  
17 ähnliche Rückgänge verzeichnen. Derzeit entsteht 90% des globalen BIP - und wohl  
18 auch der globalen Innovation - in Ländern mit einer Geburtenrate unter 2.<sup>4</sup>  
19 Besonders bedrohlich ist vor allem auch die Geschwindigkeit des globalen  
20 Geburteneinbruchs: So fiel allein zwischen 2015 und 2023 die Geburtenrate in  
21 Chile von 1,78 auf 1,14, in Großbritannien von 1,79 auf 1,45, in Argentinien von

22 2,24 auf 1,35 oder in Südkorea von 1,24 auf 0,72.<sup>5</sup> Eine Trendumkehr ist nicht  
23 in Sicht. Hingegen werden höhere Geburtenüberschüsse nach wie vor insbesondere  
24 in Sub-Sahara-Afrika sowie Zentralasien verzeichnet.

## 25 **RISIKEN UND AUSWIRKUNGEN EINER NIEDRIGEN GEBURTENRATE**

26 Eine niedrige Geburtenrate bedroht langfristig die ökonomische Stabilität und  
27 Innovationskraft einer Gesellschaft. Für Europa geht es nicht nur um die  
28 Finanzierbarkeit von Rentensystemen, sondern auch um die Frage, ob unsere  
29 Gesellschaft in der Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch bestehen  
30 kann. Während sich im Jahre 1900 der Anteil Europas an der Weltbevölkerung noch  
31 auf 25% belief, wird dieser bereits im Jahr 2050 voraussichtlich auf unter 7,5%  
32 sinken.<sup>6</sup>

- 33 • Es ist klar, dass niedrige Geburtenraten in der EU in keinem Fall durch  
34 mehr Einwanderung kompensiert werden können. Zum einen wird sich der  
35 Mangel an Menschen allein in Europa auf hunderte Millionen Menschen  
36 belaufen. Auch in anderen Ländern/Regionen mit sehr niedrigen  
37 Geburtenraten wie der VR China, Westasien oder dem gesamten amerikanischen  
38 Kontinent wird der wirtschaftliche Druck zur Aufnahme größerer Zahlen von  
39 Einwanderern oder temporären Arbeitskräften steigern, während die Länder  
40 mit Arbeitskräfteüberschuss immer weniger werden.
- 41 • Darüber hinaus ist anzuerkennen, dass die Aufnahme einer kritischen Anzahl  
42 an Einwanderern, insbesondere jenen aus kulturell weiter entfernten  
43 Regionen, in Europa bereits jetzt zu großen politischen Spannungen führt  
44 und weder als wirtschaftlich noch gesellschaftlich nachhaltig betrachtet  
45 werden kann.
- 46 • Im Ergebnis ist die Tendenz eines globalen Bedeutungsverlusts liberaler  
47 Demokratien und Bevölkerungsgruppen vis-à-vis "konservativerer" und

48 kinderreicherer Länder und Bevölkerungsgruppen sowohl global als auch  
49 landesintern anzuerkennen.

## 50 **MASSNAHMEN FÜR EINE DEMOGRAPHISCHE ERNEUERUNG**

51 Wir setzen uns dafür ein, Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate zu ergreifen,  
52 die auf wirtschaftliche Anreize und eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung  
53 von Eltern abzielen. Anzuerkennen ist, dass die Geburtenrate in deutlich höherem  
54 Maß von gesellschaftlichen als von wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist.  
55 Dennoch kann auch durch wirtschaftliche Anreize zumindest ein wichtiger, erster  
56 Schritt zur Ausbremsung des aktuellen Trends gesetzt werden. Langfristig ist  
57 jedoch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung für Familien anzustreben.

58 Die Geburt eines Kindes bewirkt enorme positive Externalitäten für die  
59 Gesellschaft, leider aber hohe Kosten bei den Erziehungspflichtigen. Es ist die  
60 Aufgabe liberaler Politik, diese Art von Marktversagen zu adressieren. Mögliche  
61 wirtschaftliche Maßnahmen zum Ausgleich dieses Ungleichgewichts sind z.B.

- 62 • Steuersenkungen und/oder Steuersplitting für beide Erziehungsberechtigten,  
63 z.B. nach französischem Vorbild. Dadurch soll insbesondere die arbeitende  
64 Mittelschicht entlastet werden;
- 65 • die Vergabe von großzügigen zinsfreien Wohnraumkrediten pro Kind, je nach  
66 örtlichen Umständen;
- 67 • der Ausbau von Betreuungsangeboten;
- 68 • Flexibilisierung (im weiteren Sinne) der Arbeitswelt, damit Eltern Beruf  
69 und Familie besser vereinbaren können, beispielsweise in Hinblick auf  
70 Elternkarenz, Home Office, Arbeitszeitflexibilisierung und weiteren. Dabei  
71 ist uns wichtig, dass Angebote gleichermaßen von Müttern und Vätern  
72 angenommen werden können. Generell sollen derartige Angebote die

73 persönliche und unternehmerische Freiheit erhöhen.

74 Weitere nicht-wirtschaftliche Maßnahmen inkludieren:

- 75 • Aufklärung über Fertilität für junge Menschen, um eine realistische  
76 Erwartungshaltung hinsichtlich der eigenen Fertilität sowie der Chancen  
77 und Grenzen technischer Hilfsmaßnahmen zu schaffen. Studien zeigen, dass  
78 junge Menschen tendenziell ihre Fertilität stark überschätzen.<sup>7</sup>
- 79 • Eine allgemeine Bewusstseinsbildung über die Bedeutung dieses Themas für  
80 unsere Gesellschaft. Im Idealfall sollte dies auch zu einer höheren  
81 gesellschaftlichen Anerkennung für die Elternrolle, insb. für Mütter,  
82 führen. Es ist anzunehmen, dass der „kulturelle“ Faktor das größte  
83 Potenzial für eine demographische Trendwende bietet.

84 Wir lehnen konsequent Maßnahmen ab, die die individuelle Freiheit einschränken  
85 oder stark polarisierende moralische Debatten entfachen. Dies wäre z.B. bei  
86 Einschränkungen des Zugangs zu Abtreibungen, dem zwanghaften Versuch der  
87 Rückgängigmachung der erhöhten Arbeitsmarktintegration von Frauen oder der  
88 Benutzung historisch behafteter bzw auf sonstige Weise spalterischer Rhetorik  
89 der Fall. Solche Maßnahmen würden nur zu starken gesellschaftlichen Spaltungen  
90 und einer Gegenreaktion führen, die das eigentliche Ziel der Geburtensteigerung  
91 konterkarieren würde. Stattdessen müssen wir auf einen breiten  
92 gesellschaftlichen Konsens setzen, der die individuelle Freiheit vergrößert und  
93 positiv besetzt ist.

94 So zeigen Studien aus Spanien,<sup>8</sup> dass die gewünschte Anzahl an Kindern hoch  
95 genug ist, um eine stabile Bevölkerung zu gewährleisten. Das Ziel darf damit auf  
96 keinen Fall das „Aufdrängen“ einer Elternrolle in Fällen sein, in denen diese  
97 ausdrücklich nicht gewünscht oder möglich ist. Vielmehr ist es das Ziel, die  
98 Steine aus dem Weg räumen, die aktuell den Kinderwunsch oder den Wunsch nach

99 einer höheren Kinderanzahl erschweren.

## 100 **FÜR EINEN LIBERALEN PRONATALISMUS!**

101 Die Steigerung der Geburtenrate in der EU ist ein gemeinsames Interesse aller  
102 Menschen, die sich ein stabiles und starkes Europa wünschen. Unsere Vision ist  
103 eine Gesellschaft, die die Gründung und den Erhalt von Familien aktiv  
104 unterstützt, ohne dabei individuelle Freiheiten zu beschneiden. Ein liberaler  
105 Pronatalismus, der das Schaffen von Möglichkeiten und nicht das Einschränken von  
106 Rechten in den Vordergrund stellt, ist entscheidend – durch wirtschaftliche  
107 Anreize, kulturelle Wertschätzung und positive Zukunftsbilder. Nur so können wir  
108 langfristig wirtschaftliche Stabilität und sozialen Frieden sichern.

109 <sup>1</sup> [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217432/umfrage/fertilitaetsrat-  
110 e-in-oesterreich/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217432/umfrage/fertilitaetsrate-in-oesterreich/)

111 <sup>2</sup> [https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2024-08-07/turkey-a-  
112 looming-demographic-crisis](https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2024-08-07/turkey-a-<br/>112 looming-demographic-crisis)

113 <sup>3</sup> <https://www.cia.gov/the-world-factbook/field/total-fertility-rate/>

114 <sup>4</sup> <https://x.com/MoreBirths/status/1793394520727429326>

115 <sup>5</sup> <https://x.com/MoreBirths/status/1821360554293825719>

116 <sup>6</sup> <https://www.theworldcounts.com/populations/continents/europe>

117 <sup>7</sup> <https://x.com/MoreBirths/status/1803038097636024594>

118 <sup>8</sup> <https://www.demographic-research.org/volumes/vol51/19/51-19.pdf>

Antragsteller:innen: Jakob Dirnböck, Julian Fritsch, Fabienne Lackner, Sophie Wotschke

Der Bundeskongress möge beschließen:

## MEHR FREIHEIT IM ALTER: WEG MIT DER DOPPELBELASTUNG FÜR ZUVERDIENSTE

1 In einer alternden Gesellschaft ist es von besonderem Interesse, die Potenziale  
2 älterer Menschen bestmöglich zu nutzen und sie in die Arbeitswelt zu  
3 integrieren. Die bestehende Verpflichtung, Pensionskassenbeiträge bei  
4 Erwerbstätigkeit auch nach Erreichen des Regelpensionsalters zu leisten, stellt  
5 eine unnötige Belastung dar und ist sachlich ungerechtfertigt. Viele  
6 Pensionistinnen und Pensionisten sind motiviert, weiterhin am Arbeitsmarkt  
7 teilzunehmen, werden jedoch durch bürokratische und finanzielle Hindernisse  
8 daran gehindert. Bis zum Ende dieses Jahres entfallen zwar die Pensionsbeiträge  
9 auf Zuverdienste bis zur doppelten Geringfügigkeitsgrenze<sup>1</sup>, das reicht jedoch  
10 nicht! Wir wollen, dass Pensionist:innen gar keinen Pensionskassenbeitrag mehr  
11 zahlen.

### 12 BESEITIGUNG VON DOPPELBELASTUNGEN

13 Mit dem Erreichen des Regelpensionsalters haben Arbeitnehmerinnen und  
14 Arbeitnehmer über viele Jahrzehnte Beiträge zur Pensionsversicherung geleistet,  
15 um ihre Alterssicherung zu gewährleisten. Es ist daher nicht nachvollziehbar,  
16 dass eine Person, die bereits Anspruch auf eine volle Alterspension hat,  
17 weiterhin mit Pensionskassenbeiträgen belastet wird, obwohl sie keine  
18 zusätzliche Pensionsleistung erwartet. Diese Doppelbelastung ist weder gerecht  
19 noch wirtschaftlich sinnvoll.

### 20 STÄRKUNG DER EIGENVERANTWORTUNG UND WIRTSCHAFTLICHEN

## 21 **FREIHEIT**

22 Wir setzen uns für ein liberales und zukunftsorientiertes Pensionssystem, das  
23 auf Eigenverantwortung und Anreize setzt, anstatt auf Zwang und unnötige  
24 Regelungen. Ein kompletter Entfall der Pensionskassenbeiträge bei Zuverdienst  
25 stärkt die wirtschaftliche Freiheit von Pensionistinnen und Pensionisten ihre  
26 Entscheidung zur Erwerbstätigkeit zu erleichtern und so die Eigenverantwortung  
27 fördern.

## 28 **FACHKRÄFTEMANGEL ENTGEGENWIRKEN**

29 Die österreichische Wirtschaft kämpft in vielen Bereichen mit einem akuten  
30 Fachkräftemangel. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten mit ihrer  
31 Erfahrung und ihrem Wissen eine wertvolle Ressource darstellen. Der Wegfall der  
32 Pensionskassenbeiträge würde ein zusätzliches Anreizsystem schaffen, diese  
33 Potenziale zu aktivieren und älteren Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt  
34 zu erleichtern.

## 35 **DESHALB FORDERN WIR:**

- 36 • Die Pflicht zur Zahlung von Pensionskassenbeiträgen für Zuverdienste bei  
37 regulärer Alterspension wird vollständig abgeschafft.
- 38 • Dies betrifft alle Erwerbstätigen, die das Regelpensionsalter erreicht  
39 haben und eine reguläre Alterspension beziehen.
- 40 • Die Entlastung der Pensionistinnen und Pensionisten durch den Entfall der  
41 Beiträge soll den Anreiz zur Weiterarbeit erhöhen, ohne den  
42 Pensionsanspruch zu schmälern.

43 Wir JUNOS – Junge liberale NEOS sind überzeugt, dass diese Reform notwendig ist,  
44 um mehr Flexibilität und Gerechtigkeit für Pensionistinnen und Pensionisten zu  
45 schaffen und den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken. Die Abschaffung der

46 Pensionskassenbeiträge für Zuverdienst ist ein logischer Schritt hin zu einem  
47 liberaleren und zukunftsfähigen Pensionssystem, das sowohl den individuellen  
48 Bedürfnissen als auch den volkswirtschaftlichen Herausforderungen Rechnung  
49 trägt.

50 <sup>1</sup> Stand 12.10.2024: 518,44 € mal 2 also 1036,88€ (davon 10,25 % PK-Beitrag =  
51 106,28 €

**Antragsteller:** Gregor Stadler, Felix Schnabl, Moritz Mairhofer, Fritz Noske

**Der Bundeskongress möge beschließen:**

## LASST UNS STATT DEM STAAT DIE KRISE SPÜREN!

1 Uns, den JUNOS - Junge Liberale NEOS, ist bewusst, dass eine Marktwirtschaft  
2 nicht nur aus Phasen des Aufschwungs besteht. Wir sehen Krisen und Phasen des  
3 Abschwungs als Situationen, in denen der Staat unterstützend und teilweise  
4 abfedernd eingreifen kann. Dennoch muss klar sein, dass der Staat auch in Krisen  
5 mit Steuergeld und möglicher neuer Schuldenaufnahme verantwortungsbewusst  
6 umzugehen hat. Denn ein aufgeblähter Staat ist ineffizient und hohe Schulden  
7 belasten die nächsten Generationen. In der aktuellen Situation umso mehr, da in  
8 absehbarer Zukunft noch viele teure Krisen auf uns Junge zukommen - der  
9 Klimawandel ist hier ein Beispiel, dessen Bekämpfung viele nachhaltige  
10 Investitionen benötigen wird.

### 11 **AUSGANGSLAGE:**

12 Mit der Corona-Krise wurde eine neue Ära eingeleitet: Jede noch so kleine  
13 Unannehmlichkeit soll der Staat richten. Staatsquoten stiegen rasant an und  
14 Werte jenseits der 50 Prozent gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Dass sich  
15 der Staat in Krisen ausweitet und sich danach nicht mehr zurückzieht, ist nicht  
16 nur in Österreich zu beobachten. Gerade deswegen benötigt es ein entschiedenes  
17 „Nein“ gegen diese Entwicklungen. Denn die Anreize der Politik sind klar: Die  
18 Ausweitung ihrer Macht und der von ihnen verwalteten Gelder liegt ganz in ihrem  
19 Interesse. Jenes Machtstreben ergibt, gepaart mit der Staatsgläubigkeit vieler  
20 Österreicher, einen toxischen Cocktail. Denn obwohl die Regierung aktuell einen  
21 starken Vertrauensverlust hinnehmen muss, rufen die Bürger des Landes noch immer

22 bei jedem Problemchen nach dem Staat.

23 Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und  
24 das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige  
25 Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise  
26 profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle  
27 Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.

## 28 **AKTUELLE SITUATION:**

29 Die aktuelle Kombination aus hoher Inflation und stagnierender  
30 Wirtschaftsleistung, also eine Stagflation, stellt Zentralbanken und Regierungen  
31 vor eine große Herausforderung. Die letzte große Stagflationsphase begann in den  
32 1970ern. Auch wenn eine Stagflation daher bis jetzt nur sehr selten vorkam, ist  
33 die Aufgabenteilung aus ökonomischer Sicht klar: Die EZB als Hüterin der  
34 Preisstabilität muss sich um die Inflationsbekämpfung kümmern. Sie muss sich  
35 davor hüten, den gleichen Fehler zu machen wie die US-amerikanische Federal  
36 Reserve in den 1970ern. Denn damals mussten die Zinsen aufgrund der zuerst zu  
37 zögerlichen Geldpolitik auf über 20 Prozent angehoben werden, um die Inflation  
38 in den Griff zu bekommen. Das Resultat war eine starke Rezession.

39 Gleichzeitig sind Regierungen dazu angehalten, die Auswirkungen der hohen  
40 Preissteigerungen für die vulnerabelsten Haushalte abzufedern, wenngleich der  
41 Sozialstaat nicht dazu dient, jeglichen Wohlstandsverlust auszugleichen. Sie  
42 müssen sich aber davor hüten, alle Probleme für alle lösen zu wollen. Aktuelle  
43 Forschung zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Zentralbanken ihre Zinssätze  
44 erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Es benötigt auch eine verantwortungsvolle  
45 Fiskalpolitik, die Geld nicht gedankenlos ausgibt. Dazu gehört nicht, dass die  
46 Fiskalpolitik sich weiter über billiges Geld finanziert oder den Schuldenberg  
47 durch Inflation schrumpfen lässt, sondern eine angepasste Einnahmen- und  
48 Ausgabenpolitik. Es braucht daher nicht nur eine glaubwürdige Zentralbank, die

49 sich ganz der Inflationsbekämpfung widmet. Es braucht ebenso einen Staat, der  
50 genauso glaubwürdig eine nachhaltige Schuldenpolitik betreibt. Denn ein Staat,  
51 der das nicht tut und Geld aus dem Fenster wirft, heizt die Inflation weiter an.  
52 Umso mehr, wenn er diese Schulden nicht nachhaltig wieder abbauen wird.

53 ([https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=4205158](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205158))

54 (<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>)

55 Auch wenn die Aufgabenteilung klar ist, zeigen die letzten Monate, dass sowohl  
56 Zentralbank als auch Regierung an der Erfüllung dieser Aufgaben kolossal  
57 scheitern. Die bisherige Performance ist mehr als unzufriedenstellend.

## 58 **1. NATIONALSTAATLICHE EBENE:**

59 Mit ihrer bisherigen Strategie, jedem Bürger die Kosten der Teuerung zu  
60 ersetzen, erreicht die Regierung nur eines: eine weitere Anfachung der Inflation  
61 durch viel zu hohe Staatsausgaben. Diese Entwicklungen sind auch global zu sehen  
62 und werden von internationalen Forschungsinstituten wie etwa dem IWF kritisiert.  
63 Zudem lässt eine expansive Finanzpolitik gemeinsam mit völlig ungerichteten  
64 Auszahlungen an Bürgern die Konsumausgaben und Nachfrage stark ansteigen, das  
65 Angebot aber nur schwer darauf reagiert. Ein solches Vorgehen kurbelt die  
66 Inflation nur noch weiter an.

67 Obwohl die Steuereinnahmen in Österreich durch die hohe Inflation steigen,  
68 müssen obendrein noch Schulden aufgenommen werden. Gestiegene Zinsen, die mit  
69 der Inflationsbekämpfung der Zentralbank einhergehen, belasten den  
70 Staatshaushalt bei Neuschuldenaufnahme zusätzlich.

## 71 **2. EZB:**

72 Dass die Zeiten niedriger Inflation vorbei sind, haben viele Zentralbanken in  
73 Industrieländern lange nicht ernst genommen. Die EZB war jedoch die Zentralbank,  
74 die von allen Währungsräumen am längsten brauchte, um dies zu realisieren. Auch

75 danach verhinderte ihr zaghaftes Verhalten eine zeitgerechte Anhebung des  
76 Leitzinses. Dadurch kamen die Zinserhöhungen zu spät und die EZB setzte ihre  
77 Glaubwürdigkeit aufs Spiel. (<https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-whyipi.pdf>) Der Euro hat deshalb im vergangenen Jahr massiv gegenüber anderen  
78 Währungen, wie etwa dem Dollar oder dem Schweizer Franken, abgewertet. Die  
79 gemeinsame Währung ist durch das zögerliche Handeln zur Weichwährung geworden,  
80 wodurch zusätzliche Inflation importiert wird.  
81

## 82 **FORDERUNGEN:**

83 Die JUNOS - Junge Liberale NEOS treten für einen verantwortungsbewussten Umgang  
84 mit Krisen ein. Insbesondere eine Periode der Stagflation verlangt ein  
85 vorsichtiges Vorgehen mit Fingerspitzengefühl. Deshalb fordern wir:

## 86 **NATIONALSTAATLICHE EBENE:**

- 87 • Neben richtigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression  
88 oder die Valorisierung der Sozialleistungen, gleichen die bisherigen Anti-  
89 Teuerungsmaßnahmen der österreichischen Regierung einem Fleckerlteppich.  
90 Sie verteilen Geld mit der Gießkanne, statt zielgerichtet zu wirken. Im  
91 Angesicht der steigenden Inflation sollte man sich darauf fokussieren,  
92 effektiv jene zu unterstützen, die Hilfe tatsächlich nötig haben. Das  
93 passiert nicht durch weitere kleinteilige Gießkannenmaßnahmen, wie etwa  
94 der Aussetzung einer Gebührenerhöhung oder dem Antiteuerungsbonus, sondern  
95 z.B. durch fokussierte Einmalzahlungen, die Personen erhalten, die bereits  
96 bestimmte Sozialleistungen beziehen. Gießkannenmaßnahmen verstärken nur  
97 die inflationären Tendenzen und sind damit in der jetzigen Situation  
98 kontraproduktiv.
- 99 • Von innerstaatlich gedoppelten Maßnahmen sollte abgesehen werden. Die  
100 Lösungen sollten vorrangig bundesweit umgesetzt werden, um ineffiziente  
101 Überschneidungen und weitere Überförderungen zu vermeiden.

- 102 • Panische, undurchdachte Schnellschüsse wie etwa Steuern auf sogenannte  
103 „Zufallsgewinne“ sind häufig populistischer Natur und strikt abzulehnen.  
104 Diese haben langfristig schädliche Auswirkungen auf Marktdynamiken und die  
105 Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.
- 106 • Vielmehr sollte die Regierung sich jetzt darauf fokussieren, auch mittel-  
107 und langfristige, angebotsseitige Maßnahmen auszuarbeiten. Dazu gehört zum  
108 einen der Ausbau Erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von Russland  
109 zu reduzieren. Zum anderen muss aber auch dem Fachkräftemangel  
110 entgegengewirkt werden. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern, muss  
111 auch das Pensionsantrittsalter weiter angehoben werden. Denn eine  
112 Erweiterung des Angebots ist nicht nur für den Umstieg im Kampf gegen den  
113 Klimawandel notwendig - sondern auch, um dem Lohn- und Inflationsdruck,  
114 der mit einem geringen Angebot einhergeht, entgegenzutreten.
- 115 • Um der beständigen Ausweitung des Staates in Zukunft entgegenzutreten,  
116 sollte Österreich neben einer Schuldenbremse eine zusätzliche  
117 Ausgabenbremse im Verfassungsrang einführen.
- 118 • Außerdem muss, wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS gefordert,  
119 ein Sparplan erstellt werden, welcher festlegt, wie nach der Krise  
120 glaubhaft der Schuldenstand abgebaut werden kann.

## 121 **EU-EBENE:**

- 122 • Bisherige Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa der Vorschlag eines  
123 Preisdeckels, sind abzulehnen. Preissignale sind das beste Mittel, um in  
124 der aktuellen Energiekrise die notwendigen Einsparungen zu erreichen.  
125 Preise bringen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, während  
126 Preisdeckel die Nachfrage nur weiter erhöhen und schlussendlich zu echten  
127 Knappheiten führen können. Dementsprechend sind Einsparungsziele  
128 vorzuziehen.

- 129 • Des Weiteren sind Lösungen wie etwa ein Einkaufskartell eine gute  
130 Möglichkeit, um vereint gegenüber den Anbietern gute Energiealternativen  
131 für die Union zu beschaffen.
- 132 • Eine weitere Aussetzung der Fiskalregeln ist abzulehnen. Nach der Krise  
133 sollen die bereits bestehenden Fiskalregeln wieder bindend werden.  
134 Zusätzlich benötigt es eine Reform, die die Einhaltung der Fiskalregeln  
135 bindender macht und den Verhandlungsspielraum verkleinert.
- 136 **EZB:**
- 137 • Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits,  
138 wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei  
139 Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf  
140 die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit  
141 aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders  
142 wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die  
143 Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent  
144 bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch  
145 länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.
- 146 • Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche  
147 Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem  
148 Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.
- 149 • Wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS beschlossen, sollte sich  
150 die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität  
151 fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine  
152 Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu  
153 hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde.  
154 Dieses Problem der "fiskalischen Dominanz", in welcher sich die  
155 Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden

156 werden.

Antragsteller: Julian Fritsch

Der Bundeskongress möge beschließen:

## REFORM DES NOTARIATSWESENS

1 Wie viele Bestandteile des österreichischen Rechts- und Verwaltungssystems ist  
2 auch das Notariatswesen in vielerlei Hinsicht veraltet und überbordend  
3 bürokratisch. Während es in anderen Ländern nicht einmal überall Notar:innen  
4 gibt, ist in Österreich die notarielle Einbindung in unterschiedlichen Bereichen  
5 oft sogar vorgeschrieben, was für die Menschen mitunter zu einem hohen  
6 organisatorischen Aufwand und erheblichen Kosten führt.

### 7 **ABSCHAFFUNG DER NOTARIATSPFLICHT**

8 Unternehmensgründungen, Immobiliengeschäfte und Vorsorgevollmachten haben eines  
9 gemeinsam: Sie bedürfen der notariellen Einbindung. Obwohl sich heutzutage viele  
10 Betroffene lieber durch ihre:n Rechtsanwält:in beraten lassen, ist zumindest  
11 formal die Einbeziehung einer Notarin oder eines Notars notwendig.

12 Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern den weitgehenden Entfall der  
13 verpflichtenden notariellen Einbindung, um etwa Gründungsprozesse zu  
14 vereinfachen und entbehrliche bürokratische wie finanzielle Hürden abzubauen.  
15 Notar:innen sollen sich im Bereich der Rechtsberatung einem fairen Wettbewerb  
16 stellen müssen und nicht länger einen Vorteil durch gesetzliche Vorgaben  
17 genießen.

18 Zudem sollen Möglichkeiten geprüft werden, um einen einfachen Zugang zu  
19 elektronischen Beglaubigungen ohne Einbindung eines/einer Notar:in zu schaffen.

### 20 **MODERNE DIENSTLEISTER:INNEN**

21 Da Notar:innen derzeit in vielen Belangen hinzugezogen werden müssen, sind diese  
22 oft überlastet, was für Mandant:innen zu einer erhöhten zeitlichen wie  
23 finanziellen Belastung führt. Im Vergleich zu anderen Branchen sind notarielle  
24 Dienstleistungen noch sehr traditionell und wenig an die digitale Realität des  
25 21. Jahrhunderts angepasst.

26 Um notarielle Leistungen besser zugänglich zu machen, sollen digitale  
27 Notariatsdienste ermöglicht und ausgebaut werden. Insbesondere soll die  
28 Möglichkeit des digitalen Notariatsakts auf alle Rechtsbereiche ausgeweitet  
29 werden. Private Initiativen zur Digitalisierung des Notariatswesens sind aus  
30 unserer Sicht zu begrüßen.

31 Notargebühren bemessen sich etwa bei der Beglaubigung von Immobilien-  
32 Kaufverträgen und Grundbucheintragungen nicht an der Leistung des/der Notar:in,  
33 sondern am Kaufpreis der Immobilie. Obwohl der Aufwand sich für den/die Notar:in  
34 nicht unterscheidet, steigen die absoluten Kosten für die Klient:innen mit dem  
35 Preis der Immobilie enorm. Wir fordern daher die Entkoppelung der Notarkosten  
36 vom Immobilienwert.

37 Außerdem treten wir für eine Abschaffung aller Gebühren auf schriftliche  
38 Verträge ein, um notarielle Leistungen günstiger zu machen und Bürger:innen  
39 sowie Unternehmen zu entlasten.

## 40 **DEREGULIERUNG UND HARMONISIERUNG**

41 Das Notariatswesen ist aktuell auch insofern stark reguliert, dass es nur eine  
42 begrenzte Menge an Notariatsstellen gibt, deren Lage an bestimmte  
43 Notariatssprengel gebunden ist. Möglichkeiten werden hier nicht durch Wettbewerb  
44 geschaffen, sondern auf dem Verordnungsweg durch die Regierung eingeschränkt.

45 Um den Wettbewerb zwischen Notar:innen voranzutreiben, fordern wir, dass die  
46 Anzahl sowie die örtliche Lage der Notariatsstellen nicht länger staatlich

47 vorgegeben werden. Alle, die die Voraussetzungen für die Ernennung als Notar:in  
48 erfüllen, sollen eine Notariatsstelle antreten und – unabhängig vom Ort - auch  
49 eine Notariatskanzlei eröffnen können. Die Bildung von Notar-Partnerschaften  
50 soll außerdem nicht länger von der Genehmigung durch die lokale Notariatskammer  
51 abhängen.

52 Das Notariatswesen soll innerhalb der Europäischen Union möglichst harmonisiert  
53 werden, um grenzüberschreitende notarielle Dienstleistungen zu erleichtern und  
54 zu standardisieren.

Antragsteller:innen: Julian Fritsch, Ines Holzegger

Der Bundeskongress möge beschließen:

## UNENDLICHE WEITEN: DIE JUNOS WELTRAUMSTRATEGIE

1 Die Geschichte der Raumfahrt ist eine Geschichte des Wettbewerbs und des  
2 Fortschritts. Vom ersten Satelliten bis zum neuesten Mars-Rover hat unser  
3 Streben nach Forschung zum Weltraum eine Fülle von Erkenntnissen hervorgebracht  
4 und steht als lebendiges Zeugnis für menschliches Einfallsreichtum. Das Space  
5 Race hat nicht nur die Möglichkeiten der Raumfahrt hervorgebracht, sondern auch  
6 ein weltweites Interesse an Wissenschaft und Technologie entfacht.

7 Die Erforschung des Weltraums ist mit zahlreichen Herausforderungen verbunden.  
8 Vielmehr bietet sie aber auch viele Chancen, darunter die Erschließung neuer  
9 Ressourcen, die Weiterentwicklung moderner Technologien und potenziell sogar die  
10 Aussicht auf die Ausdehnung des Lebensraums.

11 Bereits heute ist die europäische Wirtschaft stark auf die Weltrauminfrastruktur  
12 angewiesen, viele Arbeitsplätze sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit  
13 hängen direkt mit der Weltraumforschung zusammen. In Anbetracht dessen ist es  
14 von großer Bedeutung, dass Europa seine Position stärkt und zu einer  
15 maßgeblichen Akteurin in Weltraumangelegenheiten aufsteigt.

### 16 GEMEINSAME REGELN FÜR DEN WELTRAUM

17 Der Weltraumvertrag sowie eine Handvoll weiterer völkerrechtlicher Übereinkommen  
18 bilden die Grundlage für den gemeinsamen Umgang im Weltall, wobei die aktuellste  
19 Ergänzung (der Mondvertrag) aus dem Jahr 1979 kommt und das Weltraumrecht  
20 insgesamt schwach und veraltet ist. Wir fordern daher, dass auf internationaler

21 Ebene neue Verträge geschlossen werden, um ungeklärte Problematiken zu regeln  
22 und Rechtsunsicherheiten zu beseitigen.

## 23 **EIGENTUM IM ALL**

24 Die EU soll sich dafür einsetzen, dass sich Himmelskörper weiterhin nicht im  
25 Eigentum von Staaten und privaten Akteur:innen befinden dürfen. Stattdessen soll  
26 der Weltraum unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stehen, die  
27 anhand eines geregelten Verfahrens zeitlich begrenzte Nutzungs- und Schürfrechte  
28 für Himmelskörper vergeben können sollen, um diese für Wirtschaft und Forschung  
29 nutzbar zu machen.

## 30 **STVO FÜR SATELLITEN**

31 Um Zusammenstöße zwischen den zahlreichen Satelliten rund um die Erde zu  
32 verhindern, müssen gemeinsame Regeln etabliert werden, die etwa definieren, wie  
33 die Umlaufbahnen zwischen den Betreiber:innen koordiniert und aufgeteilt werden  
34 können.

## 35 **PRIVATE RAUMFAHRT FÖRDERN**

36 Der private Sektor bringt zunehmend wichtige Akteur:innen im Bereich der  
37 Raumfahrt hervor. Unternehmen wie SpaceX und Virgin Galactic tragen aktiv dazu  
38 bei, Raumfahrttechnologie weiterzuentwickeln und den Zugang zum Weltraum  
39 einfacher und günstiger zu machen.

40 Im Vergleich zu internationalen Playern wie den Vereinigten Staaten oder China  
41 hinkt die europäische Raumfahrtindustrie leider stark hinterher. Wir sehen hier  
42 eine große Chance in der Förderung des privaten Sektors, um kompetitiv zu  
43 bleiben - insbesondere sollen auch öffentlich-privatwirtschaftliche  
44 Kooperationen vorangetrieben werden.

## 45 **STÄRKUNG DES PRIVATEN SEKTORS**

46 Um so effizient wie möglich zu arbeiten und Innovation voranzutreiben, soll auch  
47 in der europäischen Raumfahrt mehr Verantwortung auf Unternehmen übertragen  
48 werden. Die ESA soll daher nicht mehr alle Projekte eigenständig abwickeln,  
49 sondern vermehrt auch Aufträge an private Anbieter:innen vergeben und gemeinsame  
50 Programme realisieren. Gleichzeitig sollen klare Bedingungen gestellt werden,  
51 damit auch die Öffentlichkeit von diesen Kooperationen profitiert – etwa durch  
52 den Zugang zu Forschungsergebnissen.

53 Zudem stehen wir selbstverständlich auch gänzlich privatwirtschaftlichen  
54 Unternehmungen positiv gegenüber.

## 55 **BÜROKRATIE ADE, HALLO KAPITAL**

56 Neugründungen in der NewSpace Economy sollen jedenfalls begrüßt werden und daher  
57 – wie im Übrigen auch andere Unternehmensgründungen - auf möglichst wenige  
58 Hürden stoßen. Genehmigungsprozesse für neue Technologien sollen möglichst  
59 unbürokratisch und schnell abgewickelt werden.

60 Es ist außerdem an der Zeit, dass Wagniskapital auch österreichischen  
61 Raumfahrtunternehmen zugutekommt. Dazu schlagen wir ein neues Gesetz für  
62 Risikokapital vor, das unter anderem steuerliche Abschreibungen bei Verlusten,  
63 die Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen sowie die  
64 Fortführung von Verlustvorträgen ermöglicht.

## 65 **HAFTUNGSGRENZEN IN DER RAUMFAHRT**

66 Um die Entwicklung neuer Technologien in der Raumfahrtbranche zu gewährleisten,  
67 sollten verbindliche Haftungsgrenzen eingeführt werden. Dies ist notwendig, da  
68 Versicherungen aufgrund der sehr hohen potenziellen Risiken für Unternehmen in  
69 diesem Bereich finanziell nicht tragbar sind.

## 70 **EUROPA IM WELTRAUM**

71 Kein europäischer Staat kann den Weltraum allein nutzen. Wenn Europa in diesem  
72 Bereich an Einfluss gewinnen will, ist ein gemeinsames Vorgehen der einzige Weg  
73 - die EU soll hier zu einer Hauptakteurin werden.

## 74 **EU x ESA**

75 Die EU und die ESA sollen in einem Vertrag ihr Verhältnis zueinander definieren,  
76 auf dessen Basis die EU entscheiden kann, ob sie weiterhin ein eigenes  
77 Weltraumprogramm finanzieren, oder die EU-Interessen im Weltraum durch die ESA  
78 vertreten lassen möchte.

79 Die EU-Mitgliedstaaten sollen im Bereich der Raumfahrt jedenfalls enger  
80 zusammenarbeiten und Ineffizienzen, die sich durch das parallele Betreiben  
81 nationaler und europäischer Programme ergeben, beseitigen. Mittelfristig soll es  
82 auf europäischer Ebene ein gemeinsames Raumfahrtprogramm geben, an dem alle EU-  
83 Mitgliedstaaten teilnehmen.

## 84 **AUFWERTUNG DER ESA**

85 Österreich soll der ESA mehr Mittel zur Verfügung stellen und auch die anderen  
86 EU-Mitgliedsstaaten zur verstärkten Unterstützung auffordern. Ziel muss es sein,  
87 die (finanzielle) Wettbewerbsfähigkeit mit der NASA zu erreichen.

88 Das Raumfahrtzentrum Guayana soll weiterentwickelt und direkt der ESA  
89 unterstellt werden. Zusätzlich möchten wir privaten Unternehmen die Möglichkeit  
90 geben, dort Starts durchzuführen.

## 91 **EUROPÄISCHE WELTRAUMFORSCHUNG**

92 Wir fordern einen Ausbau der Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit  
93 nationalen und europäischen Luft- und Raumfahrtunternehmen, insbesondere im  
94 Bereich der nachhaltigen Raumfahrterkundung. Zusätzlich sollen Projekte zur  
95 Entwicklung von Überlebenssystemen im Weltraum gefördert werden, um die

96 Sicherheit und Leistungsfähigkeit von Astronaut:innen zu verbessern.

97 Für alle EU-Mitglieder soll ein gleichberechtigter Zugang zu  
98 Forschungsergebnissen aus ESA-Missionen und nationalen Raumfahrtprogrammen  
99 einzelner Mitgliedstaaten sichergestellt werden.

100 In Anbetracht der internationalen Abhängigkeit der Raumfahrtindustrie soll die  
101 EU in Studiengängen der Weltraumforschung den Fokus auf Austauschstudierende im  
102 Erasmus+ Programm erhöhen.

## 103 **WELTRAUMRÜSTUNG UND EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG**

104 Große Weltmächte wie Russland, China, Indien und die Vereinigten Staaten bauen  
105 ihre militärischen Ressourcen im Weltraum stetig aus. Für die EU herrscht  
106 dringend Handlungsbedarf, um nicht an Einfluss zu verlieren, gleichzeitig müssen  
107 Regeln zur Vermeidung und Lösung von Konflikten geschaffen werden.

## 108 **EUROPÄISCHE WELTRAUMSTREITKRÄFTE**

109 Um die strategische Autonomie und Sicherheit Europas im Weltraum zu  
110 gewährleisten, fordern wir die Gründung Europäischer Weltraumstreitkräfte nach  
111 Vorbild der United States Space Force im Rahmen einer EU-Armee.

112 Gemeinsame Weltraumstreitkräfte stärken die europäische Integration, verringern  
113 Abhängigkeiten von externen Akteur:innen und erhöhen die Fähigkeit der  
114 Europäischen Union, eigenständig im Weltraum zu agieren und potenzielle  
115 Bedrohungen abzuwehren. Zudem kann die internationale Zusammenarbeit zur Wahrung  
116 globaler Sicherheitsinteressen ausgebaut werden.

117 Durch den Schutz kritischer Weltrauminfrastruktur, die Entwicklung sicherer  
118 Kommunikations- und Navigationssysteme sowie einen verstärkten Fokus auf  
119 Forschung im Weltraumsektor kann Europa seine technologische Führungsrolle  
120 ausbauen und auch wirtschaftlich profitieren.

## 121 **RAKETENABWEHR MADE IN EUROPE**

122 Angesichts zunehmender Bedrohungen durch ballistische Raketen und geopolitische  
123 Spannungen ist es wesentlich, dass die EU ein gemeinsames Raketenabwehrprogramm  
124 startet. Bestehende Programme wie das NATO-Raketenabwehrsystem und nationale  
125 Initiativen wie MEADS und SAMP/T sind bereits wichtige Schritte, auf denen  
126 aufgebaut werden kann, aber es besteht weiterhin Bedarf an einer integrierten  
127 Lösung.

128 Die EU sollte zudem mit ihren schärfsten diplomatischen Mitteln entschieden  
129 verhindern, dass Staaten Anti-Satelliten-Waffen einsetzen.

## 130 **INTERNATIONALES WELTRAUMTRIBUNAL**

131 Immer, wenn Staaten die Möglichkeit hatten, neue Territorien zu erschließen,  
132 führte das zu Konflikten und Instabilität aufgrund des Widerstands der  
133 ansässigen Bevölkerung oder anderer Staaten, die ebenfalls Ansprüche erhoben. Um  
134 Verbrechen und Streitigkeiten im Weltraum zu lösen, sollte die internationale  
135 Gemeinschaft ein Tribunal einrichten, das ähnlich dem Internationalen  
136 Seegerichtshof funktioniert.

## 137 **REDUZIERUNG VON WELTRAUMMÜLL**

138 Hunderttausende Teile Weltraummüll umkreisen die Erde und bedrohen wichtige  
139 Weltrauminfrastruktur. Zudem besteht die Gefahr des Kessler-Syndroms, bei dem  
140 eine Kettenreaktion von Zerstörung und weiterer Müllansammlung die  
141 Erdumlaufbahnen unbrauchbar und unpassierbar machen könnte, was die Menschheit  
142 auf der Erde stark einschränken würde. Daher ist es von größter Dringlichkeit,  
143 die Entstehung von neuem Weltraummüll zu minimieren und Lösungen für die  
144 bestehende Vermüllung zu finden.

## 145 **WELTRAUMMÜLL-ZERTIFIKATEHANDEL**

146 Um die Entstehung von Weltraumschrott zu reduzieren, fordern wir die Einführung  
147 eines Space-Debris-Trade-System (SDTS). Dieses System erfordert, dass für jeden  
148 Kilogramm Müll im Weltraum ein entsprechendes Vermüllungszertifikat vorliegt. Um  
149 die Menge an Weltraummüll zu begrenzen, wird eine maximale zulässige Vermüllung  
150 festgelegt, basierend auf wissenschaftlichen Einschätzungen zur  
151 Kontrollierbarkeit des Kollisionsrisikos mit Müll. Das SDTS-Zertifikat muss  
152 bereits beim Starten von Satelliten vorhanden sein, um die potenzielle Müllmenge  
153 jederzeit zu dokumentieren. Wenn Weltraummüll entfernt wird, werden gleichzeitig  
154 neue Zertifikate für die Müllentsorgung ausgestellt.

## 155 **BESEITIGUNG VON WELTRAUMMÜLL**

156 Die EU sollte Initiativen wie Horizon Europe erheblich unterstützen, um  
157 Technologien zur Verhinderung des Kessler-Syndroms zu entwickeln, wie z.B.  
158 Verdampfungslaser, durch die Weltraummüll vernichtet werden kann.

159 Zudem sollen internationale Regelungen geschaffen werden, die für alle ins All  
160 geschickten Satelliten kürzere obligatorische Abstiegszeiten und zuverlässige  
161 Selbstzerstörungsmechanismen vorschreiben. Dadurch wird sichergestellt, dass  
162 Satelliten am Ende ihrer Lebensdauer sicher außer Betrieb genommen werden  
163 können, um die Entstehung von Weltraummüll zu vermeiden.

## 164 **VISIONEN UND PROJEKTE**

### 165 **NACHFOLGE FÜR DIE ISS**

166 Die Internationale Raumstation (ISS) ist ein Wunderwerk der internationalen  
167 Zusammenarbeit. Sie hat uns gelehrt, wie man im Weltraum lebt und arbeitet, und  
168 damit die Grundlage für künftige Langzeitmissionen zum Mond, Mars und darüber  
169 hinaus gelegt. Nachdem die ISS nur noch wenige Jahre in Betrieb sein wird,  
170 müssen bereits jetzt die Weichen für ein Nachfolgeprogramm gestellt werden. Hier  
171 muss sich die Europäische Union auf jeden Fall stark proaktiv einbringen.

## 172 **VON DER ERDE ZUM MOND**

173 Wir fordern, dass Österreich und die EU sich aktiv bei Projekten wie dem Lunar  
174 Gateway einbringen, da der Mond als potenzielle Zwischenstation für  
175 Marsmissionen wieder verstärkt ins Blickfeld der Raumfahrtprogramme rückt.  
176 Langfristig streben wir an, dass die ESA die Fähigkeit entwickelt, Menschen  
177 eigenständig zum Mond und in seine Umlaufbahn zu bringen.

178 Zudem sollen von der ESA konkrete Pläne zur Errichtung eines Weltraumlifts  
179 vorangetrieben werden, da dieser eine äußerst effiziente Methode darstellen  
180 könnte, Objekte in die Erdumlaufbahn zu transportieren, die sowohl  
181 wirtschaftliche als auch ökologische Vorteile bringt.

## 182 **NÄCHSTER HALT, NEXT STOP: MARS**

183 Der Mars ist die nächste Grenze für die menschliche Erforschung. Mit Missionen  
184 wie dem Artemis-Programm der NASA, das die Rückkehr von Menschen zum Mond als  
185 Sprungbrett zum Mars zum Ziel hat, sind wir dem Roten Planeten näher denn je.  
186 Jenseits des Mars sind die Möglichkeiten endlos, vom Abbau von Asteroiden bis  
187 zur Erforschung der äußeren Planeten und ihrer Monde.

188 Wir setzen uns dafür ein, dass Vertreter:innen der freien Welt den Mars als  
189 Erste erreichen und damit die Überlegenheit von Freiheit und Demokratie  
190 darbieten. Aus diesem Grund fordern wir eine gemeinsame bemannte Marsmission  
191 unter der Leitung von ESA, JAXA und NASA, zu der sich auch die  
192 Raumfahrtagenturen anderer westlicher Staaten anschließen können.

Antragsteller: Julian Fritsch

Der Bundeskongress möge beschließen:

## REGIERUNGS- UND PARTEIKOMMUNIKATION TRENNEN

- 1 Im April 2024 hat der Rechnungshof einen Bericht<sup>1</sup> über seine Überprüfung der
- 2 Social Media Kanäle österreichischer Regierungspolitiker:innen veröffentlicht.
- 3 In mehreren Fällen war dabei nicht erkennbar, wer für die Kanäle als
- 4 Medieninhaber fungierte. Außerdem bestand aus Sicht des Rechnungshofs
- 5 größtenteils eine Vermischung von staatlichen und Parteimitteln bei der
- 6 Betreuung der Kanäle.
  
- 7 Für uns Junge liberale NEOS – JUNOS ist klar, dass Regierungs- und Parteiarbeit
- 8 strikt voneinander getrennt werden müssen. Wir fordern daher, dass
- 9 Regierungspolitiker:innen auf Bundes- und Landesebene für die Kommunikation im
- 10 Rahmen ihres Regierungsamtes sowie ihre persönliche/parteipolitische
- 11 Kommunikation getrennte Kanäle nutzen, für die auch nur die jeweils geeigneten
- 12 Ressourcen eingesetzt werden. Um eine angemessene Trennung zu garantieren,
- 13 sollen zudem Richtlinien für die Nutzung von Social Media Kanälen durch
- 14 Ministerien bzw. Regierungsmitglieder ausgearbeitet werden.

15 <sup>1</sup> [Social-Media-Accounts von Regierungsmitgliedern – Bericht des Rechnungshofs |](#)  
16 [April 2024](#)